

SWR Postfach 3740 55027 Mainz
Soligruppe INGA[REDACTED]
[REDACTED]
Rheinland-PfalzAm Fort Gonsenheim 139
55122 Mainz[REDACTED]
SWR.de

11. Dezember 2024

Sehr geehrte Damen und Herren der Soligruppe INGA,

Sie haben sich mit Kritik an unserer „Zur Sache Rheinland-Pfalz“ vom 17. Oktober 2024 an Mitarbeitende meiner Redaktion und an unseren Intendanten gewandt. [REDACTED]

[REDACTED] Das mache ich nach Rücksprache mit der Redaktion gerne. Wir haben uns Ihre vielfältigen Kritikpunkte dafür gründlich angesehen und diskutiert. An dieser Stelle gehe ich auf zentrale Punkte ein.

Unserer journalistischen Verantwortung gerade bei diesem gesellschaftspolitisch aufgeladenen Thema sind wir uns sehr bewusst. Bei journalistischen Standards auf der Höhe der Zeit zu sein, ist mir auch persönlich ein besonderes Anliegen. Erst in diesem Herbst habe ich dafür Kolleginnen und Kollegen unterschiedlichster Redaktionen drei Tage lang ermöglicht, auf einem Workshop [REDACTED] darüber zu diskutieren, wie wir dem Thema Migration und den damit einhergehenden Perspektiven in unseren Angeboten gerecht werden. Die Neuen deutschen Medienmacher*innen waren übrigens dabei.

Mit den Erkenntnissen dieser Tage im Hinterkopf habe ich umso mehr aufgehört, als ich von Ihrer Kritik an unserer Arbeit erfahren habe. Ihre Perspektive – und derjenigen, für die Sie sich so leidenschaftlich engagieren – kann ich nachvollziehen. Gleichwohl möchte ich an dieser Stelle unsere Kriterien und Anforderungen erläutern. Dazu gehört: Unser Magazin bildet öffentliche Debatten ab. Seit dem diesjährigen Attentat von Solingen diskutiert unsere Gesellschaft intensiv darüber, wie mit Menschen umzugehen ist, die abgeschoben werden sollen. Diese Zusammenhänge zu erwähnen, ist unvermeidlich. Der Umgang damit ist entscheidend.

Ich bin ganz bei Ihnen, wenn es darum geht, Differenzierung in die Debatte zu bringen. Diese leistet der einzelne von Ihnen kritisierte Beitrag nicht vollumfänglich – und ein einzelner Beitrag einer Magazinsendung kann auch nicht alle Perspektiven und Facetten eines Themas abbilden. Wir müssen uns hier konzentrieren. In diesem Fall stand im Mittelpunkt die seltene Möglichkeit, in Ingelheim hinter die Kulissen einer solchen Einrichtung zu schauen. In der gesamten Sendung kamen weitere Aspekte zur Sprache – dazu gleich mehr.

Dass Sie u. a. vermissen, auch selbst zu Wort gekommen zu sein, obwohl meine Mitarbeitenden sich mit Ihnen ausgetauscht hatten, ist eine verständliche Reaktion. Es ist aber auch üblich und sogar journalistisch geboten, dass Journalistinnen und Journalisten in einer Recherche möglichst viele Gespräche führen. Damit geht nicht der Automatismus einher, dass auch all diese Stimmen und Positionen in der Berichterstattung stattfinden.

Wichtig ist für mich, dass meine Mitarbeitenden Ihren Hinweisen zu den Haftbedingungen nachgegangen sind. Allerdings berichten sie mir auch, dass wir für Ihre Vorwürfe bislang keine ausreichenden Belege gefunden haben. Sie konnten uns auch keine Kontakte zu Insassen oder Beschäftigten vermitteln, die mit uns drehen wollten. Unseren Maßstäben genügte diese Informationslage nicht. Deshalb kamen Ihre Vorwürfe auch nicht vor.

Ansonsten mag Ihnen die Dosierung der Differenzierung in dem konkreten Beitrag nicht genügen. Festhalten möchte ich aber schon, dass in dem von Ihnen kritisierten Beitrag auch eine Fachanwältin für Migration Gründe artikuliert, weshalb Menschen nach geltendem Recht nicht abgeschoben werden dürfen. Und um eine weitere Perspektive aufzumachen, haben wir den von Ihnen kritisierten Beitrag in derselben Sendung ergänzt um ein mehrere Minuten langes Interview mit Prof. Dr. Constantin Hruschka, einem auf Abschiebep Praxis spezialisierten Rechtswissenschaftler der Universität Freiburg. Er plädierte im gesendeten Gespräch dafür, von Abschiebungen als Zwangsmaßnahmen abzulassen.

In der Gesamtschau der Sendung sieht es also schon anders aus. Für mich ist auch sonst entscheidend, dass es uns auf der langen Strecke gelingt, gerade zu einem so relevanten Thema die unterschiedlichen Perspektiven aufzuzeigen und die Menschen im Land damit umfassend zu informieren. So hat auch „Zur Sache“ schon häufiger ebenso über gelungene Integration berichtet, ein halbes Jahr zuvor etwa über das Beispiel eines Geflüchteten, der als Minderjähriger nach Deutschland gekommen war, heute deutscher Staatsbürger ist und als Bankkaufmann in Nastätten arbeitet.

Vorwürfe wie das Bedienen eines rassistischen Narrativs wiegen schwer. Wir haben Ihre Kritik in unseren Konferenzen ausführlich diskutiert und uns damit auseinandergesetzt – teilen sie aber insbesondere auch in dieser Schärfe nicht. Ich hoffe, Sie können dies nun besser nachvollziehen, auch wenn wir an dieser Stelle vermutlich nicht völlig zueinander finden. Aber diese ausführliche Rückmeldung war mir wichtig.

Mit freundlichen Grüßen